Zeitschrift: Zoom-Filmberater
Herausgeber: Vereinigung evangelisch-reformierter Kirchen der deutschsprachigen Schweiz für kirchliche Film-, Radio- und Fernseharbeit ; Schweizerischer katholischer Volksverein
Band: 29 (1977)
Heft: 13

Artikel: Rundfunk in Österreich : Sturm aufs Monopol
Autor: Leitenberger, Erich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-933020>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von nun an wendet sich Rossellini ausschliesslich dem Fernsehen zu. Er sieht darin, nicht zu Unrecht, die Möglichkeit, viel mehr Leute zu erreichen – ja, er äussert sich sogar abschätzig über den Spielfilm und bezeichnet ihn als wenig oder überhaupt nicht wirksames Medium... Einige seiner Fernsehproduktionen sind in der Tat hervorragend, darunter «*La prise du pouvoir par Louis XIV*» (1967) für das französische Fernsehen; «*Atti degli Apostoli*» (1969); «*Socrate*» (1970); «*Blaise Pascal*» (1971); «*L'età dei Medici*» (1972). «*Il Messia*» (1976), eine Szenenfolge über das Leben Jesu, bleibt nun sein letztes Werk. Den geplanten Film über Karl Marx konnte er nicht mehr verwirklichen.

★

Rossellini war ein komplexer, manchmal widersprüchlicher Regisseur. Er war zudem im Grunde ein christlicher Filmschöpfer; am Christentum schätzte er die Tatsache, dass es auch den Sünder anerkennt und ihm die Möglichkeit einer Erlösung zubilligt. Als Autor einiger der wichtigsten Werke des zeitgenössischen Films, als Vorbild für viele junge Regisseure der sechziger Jahre bleibt er unbestritten eine grosse, unverwechselbare Persönlichkeit. Sein Tod bedeutet nach dem von De Sica, Visconti, Germi und Pasolini, ein weiterer, unersetzlicher Verlust für den italienischen Film – und für uns alle.

Jaime Romagosa

Rundfunk in Österreich: Sturm aufs Monopol

Das Monopol des staatlichen Österreichischen Rundfunks (ORF) steht im Mittelpunkt der rundfunkpolitischen Diskussion in Österreich. Jahrelang hatte es in der Donau-Alpenrepublik nicht einmal ein entferntes Echo der Antimonopolfeldzüge gegeben, die in verschiedenen westeuropäischen Ländern die staatlichen Rundfunkmonopole in akute Gefahr gebracht, wenn nicht gar de facto beseitigt haben. Die Machteskapaden der Sozialistischen Partei Österreichs – sie stellt seit sieben Jahren die Regierung, und seit 1975 ist sie im Besitz der absoluten Mehrheit – auf dem Rundfunksektor brachten aber in letzter Zeit einen Umschwung und damit für den ORF das bittere Erwachen aus einem für ewige Zeiten gesichert scheinenden Monopoltraum. Dieses Erwachen wurde allerdings auch durch die Macht des Faktischen gefördert, weil sich der massive Einbruch der bundesdeutschen TV-Sender in die österreichische Medienlandschaft bemerkbar macht. In Österreich gibt es zwar keine Umsetzer, es bestehen erst 50 örtliche Kabelnetze mit mehr als je 2000 Einzelanschlüssen, aber die topographischen Gegebenheiten erlauben es den Bewohnern von zumindest drei Bundesländern (Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg), ausgiebig an den deutschen TV-Programmen mitzunaschen (die Vorarlberger können ausserdem auch das eidgenössische Programm über ihre Bildschirme flimmern lassen). Nach der jüngsten Meinungsumfrage sieht das praktisch so aus, dass von den 131 Minuten, die der Österreicher täglich mit TV-Konsum verbringt, im gesamt-nationalen Durchschnitt 64 Minuten auf das ORF-Programm FS 1, 20 Minuten auf das ORF-Programm FS 2, aber bereits 23 Minuten auf das ZDF, 20 Minuten auf die ARD, drei Minuten auf das dritte deutsche Programm und eine Minute auf das SRG-Programm entfallen. Im Klartext heisst das, dass überall dort, wo man etwa das ZDF sehen kann, dieses Programm in der Publikumsgunst mit dem «starken» ORF-Programm FS 1 praktisch gleichgezogen hat (für die Stadt Salzburg wurde diese Annahme auch empirisch bestätigt).

Monopolbrecher Kabelfernsehen

Zu den faktischen Voraussetzungen für die Infragestellung des Monopols zählt auch die Tatsache, dass in den meisten Bundesländern in den letzten Jahren Kabel-TV-Studiengesellschaften gegründet wurden. In diesen Gesellschaften sind hübsch

nach Proporz aufgeteilt die politischen Parteien, die Interessenverbände (Arbeitgeber und Arbeitnehmer), in einigen Bundesländern auch die regionalen Zeitungen vertreten. Zweck der Kabel-TV-Studiengesellschaften in den meisten Fällen: durch Verkabelung die Voraussetzungen für den Empfang deutscher TV-Programme zu schaffen. Eigene Studiengesellschaften für die neuen audiovisuellen Medien (Kabel-TV, Bildplatte, TV-Kassette) haben sich auch die beiden «Elefanten» des österreichischen Tageszeitungsmarktes zugelegt: die «Kronenzeitung» (mit ihren 1,7 Millionen Lesern pro Nummer bei einer Bevölkerung von 7 Millionen in marktbeherrschender Position) und der «Kurier» (mit 800 000 Lesern auf Platz zwei). Zunächst hatten die Kabel-TV-Studiengesellschaften der Länder nach Spielwiese ausgesehen, auf der sich die seit jeher über ihre mangelnde Kompetenz in Rundfunkfragen, angesichts der eher zentralistischen Struktur des ORF, vergrämten Bundesländer medienpolitisch ausleben könnten. Auf dem Hintergrund der Verschärfung der rundfunkpolitischen Auseinandersetzung könnten sich aber etliche dieser Landesgesellschaften, allen voran die des Bundeslandes Steiermark, zu echten Monopolbrechern auswachsen.

Praktisch konnten die Kabel-TV-Studiengesellschaften bisher nicht sehr viel tun, denn das umstrittene neue Rundfunkgesetz von 1974 hatte aus dem bis dahin bestehenden faktischen Rundfunkmonopol des ORF ein rechtlich abgesichertes gemacht. Die Regelung der Kabel-TV-Frage sollte später durch ein eigenes Gesetz erfolgen, das aber bisher auf sich warten liess. Nach Ansicht der Juristen erstreckt sich daher das ORF-Monopol zur Zeit – und bis zur Beschlussfassung über ein eigenes Kabel-TV-Gesetz – auch auf das neue Medium. Das Versäumnis mit dem Kabel-TV-Gesetz ist nun einer der Ansatzpunkte der Monopolstürmer, wie ja überhaupt mit dem Rundfunkgesetz 1974 die Zündschnur für die bevorstehenden Explosionen auf der rundfunkpolitischen Szene in Brand gesetzt wurde.

In den Zügeln der Parteien

Acht Jahre zuvor, 1966, hatten die unabhängigen Zeitungen Österreichs gegen den stärksten Widerstand der politischen Parteien, vor allem der SPÖ (einer ihrer Abgeordneten prägte in diesem Zusammenhang das in Österreich immer noch geflügelte Wort von der «präpotenten Journaille»), ein Rundfunkvolksbegehren durchgekämpft, das den Rundfunk in Österreich aus den Ketten der Parteienbevormundung im Proporzsystem befreien sollte. 1967, als die Österreichische Volkspartei (ÖVP, eine christlich-liberale Sammelpartei) allein an der Macht war, wurde das Rundfunkgesetz beschlossen, das den Übergang vom Proporzradio zum unabhängigen Rundfunk brachte. Gerd Bacher übernahm als Generalintendant den ORF; mit der von ihm initiierten «Informationsexplosion», einem offensiven Marketing und einem tüchtigen Schuss Selbstbewusstsein gelang es Bacher, den ORF unter den europäischen Rundfunkanstalten zu profilieren. Wie weit der ideologisch ziemlich weit rechts stehende Bacher seine Möglichkeiten und die des Mediums überschätzte, sei dahingestellt; jedenfalls wurde er nach dem Regierungsantritt der SPÖ zum bevorzugten Ziel sozialistischer Angriffe, vor allem von seiten des mächtigen Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Gegen den erbitterten Widerstand der Opposition und der unabhängigen Presse drückte die SPÖ 1974 das neue Rundfunkgesetz durch, das dem ORF zwar die Verankerung seiner Unabhängigkeit im Verfassungsrang bescherte, aber gleichzeitig auch die totale Verpolitisierung seiner Leitungsgremien in Gang brachte. An die Stelle Bachers wurde aus dem Justizministerium der völlig unbekannte, von keinerlei Medienerfahrung beschwerte, parteilose, aber der SP-Mehrheit auf Gedeih und Verderb ausgelieferte Dr. Otto Oberhammer geholt. Als oberstes Führungsgremium des ORF wurde das sogenannte Kuratorium eingesetzt, in dem Vertreter der Regierung, der Bundesländer, der politischen Parteien, der Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, aber auch die sogenannten Virilisten sitzen. Die fünf Virilisten

vertreten die freien gesellschaftlichen Kräfte (darunter auch die Kirchen). Vor 1974 waren sie im 22köpfigen ORF-Aufsichtsrat oft das Zünglein an der Waage gewesen, im 30köpfigen Kuratorium ist das nicht mehr der Fall, um so weniger, als das Kuratorium so beschickt wurde, dass sich in allen wichtigen Fragen auf Biegen und Brechen die 16:14-Mehrheit der sozialistischen und SP-nahen Mitglieder ergeben muss. Diese Verpolitisierung hat zu einer katastrophalen Verschlechterung der Atmosphäre im ORF geführt, weit über den in Rundfunkanstalten üblichen Intrigenpegel hinaus.

Gerangel um Schlüsselstellungen

Mit dem Rundfunkgesetz 1974 ist die Programmhoheit aus der Kompetenz des Generalintendanten in die der Programmintendanten abgewandert. Gleichzeitig sollte der Meinungsvielfalt zum Durchbruch verholfen werden. Daher wollte man das früher eher dahindämmernde Programm FS 2 zu einem echten Alternativprogramm aufwerten. Von diesem ehrgeizigen Ziel mussten allerdings Abstriche gemacht werden. Schon im Informationsbereich gibt es keine echte Konkurrenz, die beiden Programme ergänzen da einander eher – und immer noch sehen nach den neuesten Umfragen täglich im Durchschnitt 3,5 Millionen Österreicher FS 1, aber nur knapp mehr als 1 Million FS 2. Die Meinungsvielfalt sollte im übrigen auch durch die Besetzung der Intendantenposten dokumentiert werden: Daher leitet FS 1 jetzt Gerhard Weis, dem «schwarzen» gleich ÖVP-Lager zugerechnet, aber wegen seiner neuen Position von vielen als Renegat verteufelt, FS 2 Franz Kreuzer, ein «gestandener» Sozialist (beide sind profilierte Journalisten, die schon unter Bacher Karriere machten).

Zwar behauptet die ÖVP als Oppositionspartei, der ORF sei seit 1974 ein Regierungs- oder «Rot»funk, das Programm habe sich wesentlich verschlechtert, doch ist die Wirklichkeit des ORF differenzierter. Seine Journalisten haben die Unabhängigkeit seit dem Amtsantritt der neuen FührungscREW nicht verlernt; nur hat es Gerd Bacher wesentlich besser als Otto Oberhammer verstanden, den Rundfunkredaktoren ein Gefühl der Sicherheit gegen die Interventionen von Politikern zu verschaffen, die über harte Recherchen erbittert sind. Was die Zufriedenheit der Konsumenten mit dem Programm betrifft: Ein österreichisches Meinungsforschungsinstitut hat vor kurzem mit der selben Fragestellung wie 1972 die Publikumszufriedenheit getestet. Es stellte sich heraus, dass damals wie heute 30 Prozent «sehr zufrieden» oder «zufrieden» sind, auch der Prozentsatz der «total Unzufriedenen» blieb mit 18 Prozent gleich. Im Rahmen dieser Umfrage stellte sich aber auch heraus, dass 39 Prozent der Befragten auf die Frage «Welcher Partei steht das österreichische Fernsehen Ihrer Meinung nach am nächsten?» die SPÖ nannten. 1972 waren es nur 13 Prozent gewesen.

Es ist ein Faktum, dass die SPÖ versucht, Schlüsselstellungen im Monopolmedium mit «eigenen» Leuten zu besetzen, und zwar solche Schlüsselstellungen, die es erlauben, einen von aussen gar nicht so leicht zu entlarvenden, sozusagen «atmosphärischen» Druck auszuüben. Daher herrschte sofort Grossalarm, als durchsickerte, dass Oberhammer den ORF-Generalsekretär Paul Twaroch, einen der führenden Rundfunkjuristen Österreichs, aber aus dem ÖVP-Lager kommend, durch den Pressesekretär von Justizminister Broda, Heinz Keller, ersetzen wollte. Keller galt (und gilt noch immer trotz allen Beteuerungen) als radikaler Jungsozialist. Als Pressesekretär des Justizministers hatte er für die mit gesellschaftspolitischer Langzeitwirkung ausgestattete grosse Rechtsreform seines Chefs das «Bündnis mit der öffentlichen Meinung» herzustellen getrachtet, dabei aber auch etliche Fehler begangen.

Brüchige Abwehrfront der Zeitungen

Die unabhängigen Zeitungen formierten sich zu einer Abwehrfront, sobald klar wurde, dass mit Heinz Keller ein SPÖ-Politruk in den ORF einziehen sollte. Obwohl gerade die hemdsärmeligen Marketing- und journalistischen Methoden des Boule-

vardgiganten «Kronenzeitung» in den letzten zehn Jahren zu scharfen Konkurrenzkämpfen geführt hatten, schien es einen Augenblick, als würde die alte Einheit der unabhängigen Zeitungen von 1966 (in Rundfunksachen) wiederhergestellt. Dementsprechend schoss die SPÖ aus allen Rohren, prominente SP-Politiker malten das Schreckgespenst einer «Zeitungspartei» an die Wand.

Neben der ehrlichen Sorge um die Erhaltung der Unabhängigkeit des ORF waren für die Zeitungen auch handfeste Interessen ausschlaggebend, die Idee eines neuen Rundfunkvolksbegehrens einmal vorsichtig zu lancieren. Die Zeitungen der Bundesländer fürchten, durch das vom ORF geplante Regionalfernsehen Werbeeinnahmen zu verlieren, die «Kronenzeitung» drängt in den elektronischen Medienbereich. Die Konkurrenten der «Kronenzeitung» fürchten aber gerade das Ausufern des kleinformatigen Boulevardblattes auf den TV-Schirm und peilen daher die Lösung Verlegerfernsehen an, die einen Alleingang der «Kronenzeitung» verhindern könnte. (Bereits im Herbst des Vorjahrs hatte «Kronenzeitungs»-Hälftebesitzer, Herausgeber und Chefredakteur Hans Dichand den Plan gehabt, gemeinsam mit Radio Luxemburg einen kommerziellen Radio-Sender in Salzburg zu installieren, der von der Stadt an der Grenze aus den süddeutschen Werbemarkt für Radio Luxemburg erschliessen sollte. Bundeskanzler Kreisky machte jedoch einen Strich durch die lukrative Rechnung.) Aber das Misstrauen zwischen den unabhängigen Zeitungen war zu gross (vor allem gegenüber der «Kronenzeitung» mit ihren undurchsichtigen Verbindungen zum Österreichischen Gewerkschaftsbund), das neue Rundfunkvolksbegehren ist aufgeschoben, wenn auch nicht aufgehoben. Heinz Keller wurde inzwischen tatsächlich als neuer ORF-Generalsekretär mit gegenüber seinem Vorgänger wesentlich erweiterten Kompetenzen installiert, im ORF-Kuratorium funktionierte die bewährte 16:14-Abstimmungsmaschinerie wie gehabt.

Initiativen für private und gemischtwirtschaftliche Gesellschaften

Die Opposition ist seither nicht untätig geblieben. In der Steiermark kündigte die ÖVP die Umwandlung der landeseigenen Kabel-TV-Studiengesellschaft in eine Produktionsgesellschaft an. Wenig später lancierte der neue Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ebenfalls ÖVP) seine Vorstellungen einer Entmonopolisierung des Rundfunkbereichs. Er stellte fest, mittlerweile sei jedem einsichtigen Beobachter der Medienszene klar geworden, dass es dem Monopol europaweit an den Kragen gehe, Österreich werde sich aus dieser Sogwirkung nicht heraushalten können. Ferner schlug er vor, mit den nötigen Vorbedingungen wie gesicherte Finanzbasis, Seriosität des Trägers, inländische Repräsentanz und qualitativer Bedarf «fünf bis sechs» Lizenzen für private oder gemischtwirtschaftliche Radio- und Fernsehgesellschaften zu vergeben. Natürlich handelte sich der Salzburger Landeshauptmann damit wütende Kritik der SP ein.

Inzwischen hat auch ein Verfassungsjurist, Karl Korinek von der Wiener Wirtschaftsuniversität, dem ORF-Monopol Verfassungswidrigkeit bescheinigt. Korinek stellte fest, das ORF-Gesetz 1974 verstosse gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, die in Österreich als Verfassungsgesetz gilt. Unter einem anderen Gesichtspunkt glaubt der stellvertretende Vorsitzende des Bundesrats (der zweiten Kammer des Parlaments), Herbert Schambeck (ÖVP), dem ORF-Monopol auf die Schliche der Verfassungswidrigkeit gekommen zu sein: Die Erfordernisse des Bundesstaats seien nicht berücksichtigt, die Länder hätten zuwenig Kompetenz.

Weil die ORF-Führung weiss, dass hier tatsächlich einer der wunden Punkte des Monopolsystems gegeben ist, glaubte ORF-General Otto Oberhammer, mit der geplanten ORF-eigenen Regionalisierung des Fernsehens den TV-Ehrgeiz der Bundesländer unterlaufen zu können. Ob ihm das mit einer Stunde eigenem Programm für jedes Bundesland auf dem Kanal FS 2 ab 1980 gelingen wird, ist mehr als fraglich. «Kurier»-Herausgeber Helmut Lenhardt (früher kaufmännischer Direktor des ORF) stellte bereits sarkastisch fest: «Statt eine Überlebensstrategie gegen die eindrin-

gende ausländische Programmkonkurrenz zu entwickeln, anstatt die lokale Produktion und lokale Verbreitung von Landes- und Städteprogrammen künftigen Kabelstationen zu überlassen, beginnt der ORF sein Geld für eine fragwürdige ‚Regionalisierung‘ zu verplempern... Statt alles Geld und alle Ideen auf die Gestaltung mindestens eines konkurrenzfähigen Nationalprogramms zu konzentrieren, werden alle Zitherspieler und Jodlergruppen Österreichs (neunfach) zu Fernsehstars hochpoliert, daneben selbstverständlich auch alle politischen und halbpolitischen Landes- und Gemeindegrossen.»

Startlöcher für die Nach-Monopol-Zeit

Vorbauen für die schreckliche, die monopol-lose Zeit wollte offenbar Bundeskanzler Kreisky, auf dessen persönliche Initiative die Gründung einer Studiengesellschaft für audiovisuelle Medien am 20. Dezember des Vorjahrs zurückgeht. Interessant sind die Beteiligungsverhältnisse an dieser Gesellschaft. 50 Prozent gehören der Republik Österreich, der ORF, der Wiener Kabel-TV und der Vienna Medien (hinter der die Werbung, die «Kronenzeitung» und der «Kurier» stehen), 50 Prozent einer Medien AG in Zürich, deren Aktionäre die Verlage Ringier, Axel Springer, Burda, Droemer Knaur sowie der «Medienberater» Kreiskys, Ferenczy, sind. Ziel der Gesellschaft, die von Wien aus den gesamten deutschsprachigen Raum bearbeiten will, ist es, Fernsehanstalten, Kabelgesellschaften, Bildplatten- und TV-Kassettenfirmen mit software (Programme) zu beliefern beziehungsweise neue Produktionen zu veranlassen. Die Startlöcher für die Nach-Monopol-Zeit werden in Österreich jedenfalls schon mit Fleiss und Energie gegraben. Und im ORF beginnen die Programm-Macher sich bereits Gedanken zu machen. FS 1-Chef Gerhard Weis: «Es ist sehr die Frage, ob internationale Unterhaltungsprogramme, Serienprogramme usw., die ohnedies in der Erstausrahlung über deutsche Sender angeboten werden, weil sich nur diese die teure Synchronisation leisten können, dann überhaupt noch in dieser Dichte von uns angekauft und quasi als Drittangebot auf den Markt gebracht werden sollen. Sicher wäre es dann besser, sich auf das zu konzentrieren, was die anderen nicht machen...» Die Tage des staatlichen Rundfunkmonopols scheinen in Österreich, wo man das nächste Mal 1979 zu den Wahlurnen geht, gezählt zu sein.

Erich Leitenberger

FILMKRITIK

Herz aus Glas

BRD 1976. Regie: Werner Herzog (Vorspannangaben s. Kurzbesprechung 77/181)

I.
Die Filme von Werner Herzog sind wie Visionen. Sie sprengen die Fesseln des Gewöhnlichen, des leicht und einfach Wahrnehmbaren und dringen vor zu jenen Grenzen, wo sich das gemeinhin Fassbare und das mehr jenseits des Physischen Erfahrbare zu durchdringen beginnen. Die Menschen, die Herzog darstellt, suchen nicht nur aus der Beengung gesellschaftlicher Normen auszubrechen, sondern trachten auch die Hindernisse zu überwinden, die ihnen die Natur in den Weg stellt, dem Schicksalhaften auszuweichen, das ihnen aufgezwungen wird. Sie sind wie der Conquistador im Film «Aguirre, der Zorn Gottes» (1972) Eroberer, die in Neuland